

Pressemitteilung

30. August 2017

Prognos-Studie zu Wahlversprechen von SPD und CSU **Rentengeschenke auf Kosten künftiger Generationen**

Berlin – Die Rentenversprechen der SPD würden die jungen und ungeborenen Generationen mit insgesamt 1.245 Milliarden Euro (1.245.000.000.000 Euro) belasten. Den mit rund 1.100 Milliarden Euro weitaus größten Teil der Rechnung müssen dabei die heute noch gar nicht geborenen Beitrags- und Steuerzahler begleichen. Das ist das Ergebnis einer Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts **Prognos**, die im Auftrag der **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** die Rentenpläne der SPD und der CSU einem Generationen-Check unterzogen hat. Die Studie zeigt deutlich, welche Jahrgänge von den Plänen profitieren und wer verlieren würde. Die von der CSU angekündigte Ausweitung der Mütterrente würde mit insgesamt 171 Milliarden Euro zu Buche schlagen und müsste ebenfalls zu einem großen Teil von künftigen Generationen bezahlt werden.

Die SPD wirbt in ihrem Wahlprogramm mit einer Fixierung des Rentenniveaus bei 48 Prozent bei gleichzeitiger Deckelung des Rentenbeitragssatzes bei 22 Prozent. Verlierer dieser Reform wären die Jahrgänge 1995 und jünger. Wer im Jahr 2015 geboren wurde, müsste durch die SPD-Rentenreform im Schnitt netto knapp 15.000 Euro mehr an das Rentensystem zahlen als bei geltendem Recht. Wer 1964 geboren wurde, bekäme auf Kosten der jungen Generation durchschnittlich rund 30.700 Euro mehr ausgezahlt.

„Mit ihrer doppelten Haltelinie begünstigt die SPD die gleiche Generation, die bereits von der Rente mit 63 und der Mütterrente I am stärksten profitiert hat: Die Babyboomer. Was den Wählerinnen und Wählern als gerechte Rente untergejubelt wird, geht in Wirklichkeit zu Lasten derjenigen, die sich an der Wahlurne noch gar nicht wehren können: die heutige Jugend und kommende Generationen“, so **Hubertus Pellengahr**, Geschäftsführer der INSM. Gleiches gelte auch für eine erneute Ausweitung der Mütterrente, wie es die CSU fordert, wenn auch in deutlich geringerem Ausmaß. Pellengahr: „Statt ungedeckte Rentenschecks auszustellen, sollte die Politik die Rentenversicherung zukunftsfest machen, indem ab 2030 das Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung gekoppelt wird“. Das wäre fair gegenüber allen Generationen und stabilisiere sowohl den Beitragssatz, als auch das Rentenniveau.

„Der Großteil der Ausgaben fällt nach dem Jahr 2030 an. Für die jungen und nachfolgenden Generationen wäre die doppelte Haltelinie ein schlechter Deal. Mit vorrausschauender Politik, die die Belange nachfolgender Generationen im Blick hat, sind weder die Mütterrente und schon gar nicht die doppelte Haltelinie vereinbar“, urteilt **Dr. Oliver Ehrentraut**, Vize-Direktor bei Prognos.

Die Prognos-Studie mit zahlreichen Grafiken sowie ein Video mit Dr. Ehrentraut finden Sie unter www.insm.de.

Pressesprecher INSM: Florian von Hennet, Tel. 030 27877-174; hennet@insm.de